Hans Schwarzbeck, Finanzreferent der Stadt

Gemischte Gefühle beim Kassensturz

„Eigenmittelanteil für Investitionen muss ansteigen" – Freude über hohe Zuführung

ANSBACH (mhz) – Der Verwaltungshaushalt der Stadt für 2010 umfasst 84,52 Millionen Euro; der Vermögenshaushalt 15,37 Millionen Euro. Künftig muss laut Finanzreferent Hans Schwarzbeck der Eigenmittelanteil an den Investitionen von derzeit rund 50 Prozent deutlich ansteigen, da ansonsten entweder noch mehr Schulden gemacht oder Investitionen gestrichen werden müssen.

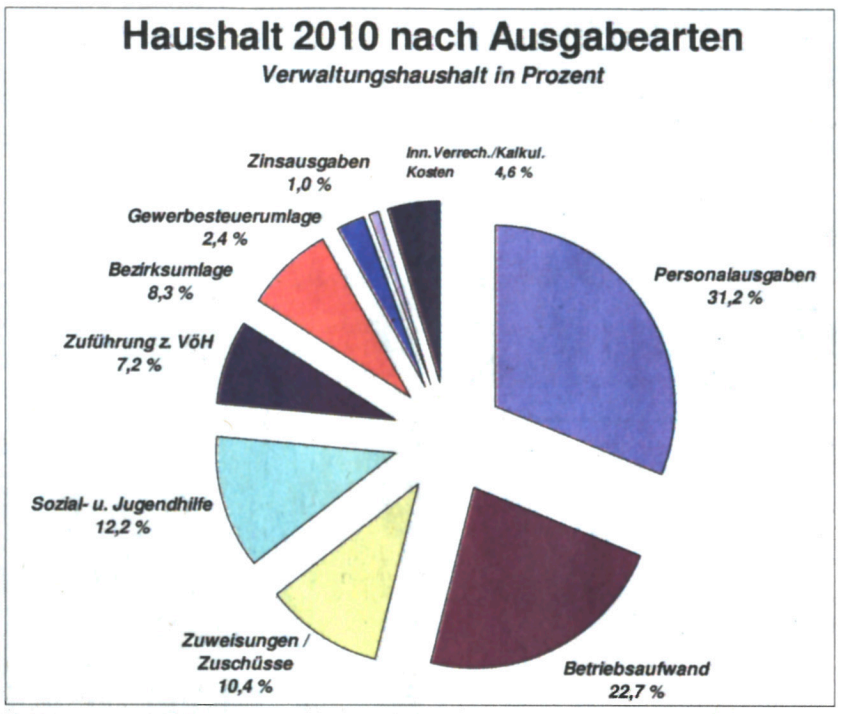
Denn die bemerkenswerte Höhe der Zuschüsse von 27,6 Prozent im kommenden Jahr für Investitionen beruhten vor allem auf den ungewöhnlich hohen Fördersätzen des Konjunkturpaketes II, erläuterte Schwarzbeck. So müsse in den kommenden Jahren das Onolzbachgewölbe saniert werden. Die geschätzten Kosten von rund vier Millionen Euro seien komplett selbst zu finanzieren. Schon deshalb werde der prozentuale Anteil der Investitionszuschüsse am Vermögenshaushalt erheblich sinken.

Der größte Ausgabenposten im Verwaltungshaushalt seien mit 31,2 Prozent die Personalkosten. Darin eingeschlossen seien seit 2008 die Personalausgaben für die Rettungsleitstelle, die aber der Stadt zurückerstattet würden. Der Anteil des allgemeinen Verwaltungs- und Betriebsaufwands sei dagegen von heuer 23,7 Prozent auf 22,7 Prozent gesunken. „Hier werden die Sparmaßnahmen der Verwaltung erkennbar", so Schwarzbeck. Immerhin bedeute dieser Prozentpunkt eine Ersparnis von bis zu 800 000 Euro.

Eine gewichtige Position nähmen auch die Sozialausgaben ein. Die eingeplante Steigerung von 9,8 auf 10,25 Millionen Euro sei „sehr knapp" kalkuliert. Sollte aber die Arbeitslosigkeit durch die Wirtschaftskrise im kommenden Jahr weiter steigen, so werde man hier im Nachtragshaushalt „reagieren müssen", wie der Finanzreferent vorsichtig formulierte.

Erfreut zeigte sich Schwarzbeck aber über die Höhe der Zuführung aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt. Immerhin betrage dieser Posten im „optimistisch kalkulierten Haushalt 2010" 6,12 Millionen Euro; 2008 habe man auf dieser Position für Investitionen 3,03 und heuer 4,86 Millionen Euro bereit stellen können. Die fürs kommende Jahr genannte Summe sei aber nur zu erreichen, wenn die kalkulierten Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen auch tatsächlich in der erwarteten Höhe flössen.

Dazu habe das Statistische Landesamt in diesen Tagen die voraussichtlichen Beteiligungen der Kommunen an Einkommens- und Umsatzsteuer veröffentlicht. „Die Ansätze im Haushalt 2010 werden durch diese Zahlen bestätigt", zeigte sich der Finanzreferent denn doch vorsichtig optimistisch.



Viel Geld fürs Personal: Rund ein Drittel ihres Verwaltungshaushalts gibt die Verwaltung für ihre Mitarbeiter aus. *Grafik: Stadtkämmerei*

Klarheit und Wahrheit im Haushalt

Sie freue sich, dass die SPD für ihre Anliegen meist eine Mehrheit habe finden können, meinte Helga Koch und nannte den Innenausbau der Güllschule oder den Ausbau der Kammerspiele. Letzterer sei eine „absolut lohnende Investition" in die Kultur. Klarheit und Wahrheit sieht Koch als oberste Maxime für den Haushalt 2010. So habe man Einsparungen und Einnahme-Mehrungen im Umfang von einer Million Euro wie etwa beim Onolzbachgewölbe vorgeschlagen. Damit sollten Ausgabereste vermieden werden, die nur die Gelder unnötig bänden, die man an anderer Stelle dringend brauche.

Der Rezatparkplatz erfülle seinen Zweck; dessen Sanierung habe keinen Vorrang. Insgesamt bezifferte Koch die hier eingesparte Summe auf rund 900 000 Euro. Die neue Grundsteuer A sei gerecht, meinte sie; es könne nicht sein, dass die Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke „übermäßig bevorzugt" würden. Koch forderte die Oberbürgermeisterin auf, gemeinsam mit ihren Kollegen aus anderen Städten gegen die Bezirksumlage Front zu machen, da sich diese „in die falsche Richtung" entwickle.

Koch bezeichnete die CSU als „Zahlenkünstler" auf einem Zickzack-Kurs. So habe diese Fraktion dem Stellenplan zwar zugestimmt, dann aber doch dort Einsparungen gefordert. Diese Partei zeige mit ihrer erneuten Ablehnung des Haushalts „Beständigkeit an falscher Stelle" und definiere sich bedauerlicherweise nur noch über Parkplätze: „Solide Haushaltspolitik schaut anders aus."

Koch rügte mit Blick auf die Ablehnung der THG-Pläne durch die BAP deren „Wankelmut"; deshalb hielten manche Bürger die Stadtpolitik für unberechenbar. Für die SPD stünden Investitionen in Bildung und Schulen im Zentrum.

Nur Trauerspiele und Luftblasen

Die aktuelle Schuldenpolitik sei nur durch das der neuen Mehrheit überlassene Erbe aus der Zeit von OB Ralf Felber möglich geworden, erklärte Otto Schaudig. Dabei sei die SPD – einst von Felber diszipliniert – zum Vorreiter „einer beliebigen Politik" geworden. Hart kritisierte er, dass die Partei keine Mittel für den von ihr unterstützten Ausbau des Theresien-Gymnasiums eingeplant habe. Auch bei anderen SPD-Projekten sah Schaudig nur „reine Luftblasen" aufsteigen.

Dem Haushalt nicht zugestimmt hat die CSU laut Schaudig zum einen wegen der heraufgesetzten Grundsteuer A. Hier solle man andere Verhältnisse nicht zum Maßstab des eigenen Handelns machen, meinte er. Auch vermisst die CSU den ernsthaften Sparwillen bei Verwaltung und Stadtrat. Beispielsweise hätte man die von der CSU-Fraktion geforderten 250 000 Euro bei den Personalausgaben durchaus einsparen können. Auch der beabsichtigte Verkauf des Rettipalais' sei realistisch; doch habe sich herausgestellt, dass in der Sache bisher noch gar nichts passiert sei. Deshalb habe man einen entsprechenden Antrag gestellt, auch um damit „Antrieb und Entschlusskraft der Oberbürgermeisterin zu stärken".

Als „Trauerspiel" bezeichnete Schaudig die Situation des Rezatparkplatzes. Hier wären schon längst Sperrungen fällig, schenkte man der Verkehrssicherheit die gleiche Aufmerksamkeit wie etwa am Karlsplatz. Die gleichzeitige Erhöhung der Parkgebühren werfe „ein ganz besonderes Licht" auf das politische Gefühl der Ratsmehrheit. Die Ablehnung des Haushalts 2010 zeige, dass der geringe finanzielle Spielraum nicht im Sinne der CSU verwaltet werde. Seine Fraktion werde jedenfalls auch künftig gegen den Strom schwimmen.

Manfred Stephan, BAP

Geheuchelte Krokodilstränen

Neben der Wirtschaftskrise gibt es für die BAP auch „hausgemachte" Ursachen für die Haushaltslage. Vor allem kritisierte deren Fraktionssprecher Manfred Stephan die „verfehlte Wirtschaftspolitik" der bis Mai 2008 politisch Verantwortlichen, weshalb man die Reserven habe aufzehren müssen. Ebenso habe man teure Projekte immer wieder aufgeschoben; heute müsse man diese „Erbschaften", um ein Vielfaches teurer, dennoch ausführen. Deshalb sei es „pure Heuchelei", wenn die dafür Verantwortlichen Krokodilstränen über die Schulden vergössen, die durch ihre Sünden der Vergangenheit erst unumgänglich geworden seien.

Der Besonnenheit aller Gruppen im Stadtrat, von einigen Ausrutschern und „Luftnummern" bei der CSU abgesehen, ist es laut Stephan zu verdanken, dass der Haushalt 2010 ohne neue Schulden auskomme. Die Kreditaufnahme decke nur das 2008 angefallene Defizit ab. Stephan bezeichnete eine Sanierung des Rezatparkplatzes derzeit als „Luxusbaumaßnahme". Er äußerte zudem die Hoffnung, das die höheren Parkplatzgebühren ein ökologisches Umdenken bewirken. Der gleichzeitige Ausbau des ÖPNV verhindere, dass die Innenstadt bald an immer mehr Autos kollabiere. Stephan mahnte dennoch, ausreichend Mittel für den Straßenbau einzuplanen. Priorität müsse allerdings die Sanierung der Schulen haben. Er bat die Bürger um Geduld, sollten gewünschte Projekte nicht gleich realisiert werden können: „Niemand wird vergessen."

Dr. Paul Kupser, Freie Wähler

Kaufmännisch denken

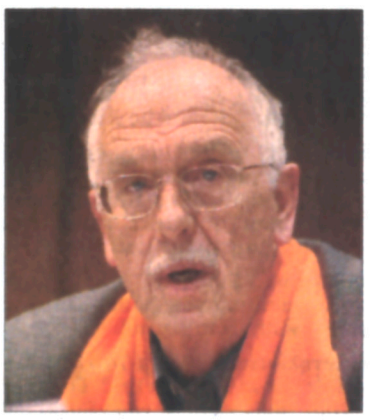
Der Haushaltsentwurf sei als Kompromiss von einem spürbaren Sparwillen gekennzeichnet, meinte Dr. Paul Kupser; die „maßvollen Schulden" müssten in Kauf genommen werden. „Amüsant" nannte er die Debatte um den Verkauf des Retti-Palais: BAP und CSU hätten das Fell verteilt, ohne den Bären erlegt zu haben. Als positiv wertete Kupser, dass bei Jugend- und Sozialhilfe sowie beim Personal kaum größere Kürzungen zu verzeichnen seien. Weil Bildung der wertvollste Rohstoff sei, müsse in die Schulen investiert werden. Deshalb müsse hier die Prioritätenliste rasch aufgestellt werden. Kupser regte an, Grund- und Hauptschulen zu „ökonomisch und pädagogisch vertretbaren Einheiten" zusammenzufassen.

Er vermisse aber kaufmännisches Denken im Stadtrat. Eine Expertengruppe sollte sinnvolle Investitionen – auch mit Krediten finanziert – ausloten, was mehr Leute in und auch mehr Einnahmen für die Stadt brächte. Kupser mahnte eine höhere Effizienz bei WEG und TIZ an: „Können wir jährlich über eine halbe Million Euro in eine Institution investieren, deren fraglicher Erfolg nur schwer einschätzbar ist?"

Zwar hatte Kupser angekündigt, dass die Freien Wähler dem Haushalt zustimmen. Doch Kollege Rainer Weiß lehnte wegen der Grundsteuer A das Zahlenwerk ab.

Friedmann Seiler, ÖDP

Mutig und realistisch



„Wir wollen nach vorne schauen", erklärte Friedmann Seiler: „Nehmt alle Kraft zusammen, die Lust und auch den Schmerz." Man wolle nicht ängstlich auf die Krise starren, sondern mutig und mit Realitätssinn die Aufgaben angehen. Hätte die vorherige Stadtspitze in besseren Zeiten notwendige Maßnahmen in Angriff genommen, bräche jetzt nicht so vieles über die Stadt herein.

Der Haushalt 2010 wirke nachhaltig positiv auf die Stadt. Und auch der Rezatparkplatz könne nach Meinung der Fachleute mit rund 25 000 Euro für mehrere Jahre wieder instandgesetzt werden. Die frei werdenden Mittel müssten an anderer Stelle eingesetzt werden, etwa in der Schuldnerberatung, den Ansbacher Schulen oder im Bereich der Kultur. Deshalb unterstütze die ÖDP auch das Kammerspiel-Projekt.

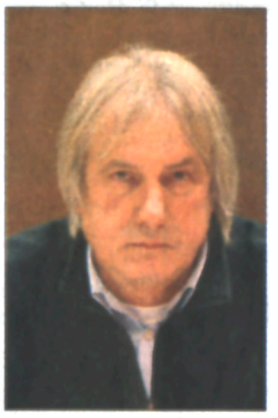
2010 müssten politische Entscheidungen getroffen werden, da Ansbach „Klimakommune" werden wolle: „Wie können hier die Stadtwerke einbezogen werden?" Auch der Beschluss zu den Parkplatzgebühren besitze umweltfreundlichen Charakter, meinte Seiler. Dennoch liege Ansbach mit deren Höhe an drittletzter Stelle der 25 kreisfreien Städte in Bayern. *mhz/Fotos: Albright*

Wolfgang Bartusch, Bündnis 90/Die Grünen

Diskussionen tun der Stadt gut

„Vielleicht hat die Stadt eine einseitige oder gar veraltete Wirtschaftstruktur?", fragte Wolfgang Bartusch angesichts der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Ansbach. Seit Jahren schon habe man praktisch kein neues Gewerbe mehr angesiedelt, weshalb der Grünen-Sprecher nach der Effektivität der WEG fragte. Dies sei wesentlich wichtiger als die Höhe der Bezüge des Geschäftsführers, merkte er an.

Viel Arbeit sieht Bartusch, bevor sich in der Stadt tatsächlich besser leben lasse. Wartelisten bei Krippenplätze, aus den Nähten platzende Schulen, ruinöse Schulgebäude – eine Trendwende für die Innenstadt sei noch nicht erkennbar, auch wenn Ansbach bereits dank vielfältigen Engagements eine hochwertige Kulturstadt sei. Es sei zu hoffen, so Bartusch, dass etwa der Citymarketing-Verein weiterhin konstruktiv, kritisch und laut bleibe. Erfreulich sei jedenfalls, dass die Stadt ihre sozialen Standards im Kern nicht dem Sparzwang opfern wolle.



Bartusch appellierte an den Stadtrat, etwa bei der Promenade Vergangenheit und Zukunft zu vereinen und vielleicht den Durchgangsverkehr aufzugeben. Klimaschutz und Nahverkehr setzten für Ansbach wichtige Ziele. Deshalb müssten Windkraftanlagen auf dem Stadtgebiet ermöglicht werden.

Weil es keine klaren Mehrheiten mehr gebe, seien ausführliche Diskussionen möglich, so Bartusch: „Das tut der Stadt gut." Aus unterschiedlichen Vorschlägen entstehe Besseres, wenn auch für niemanden das ideale Ergebnis.

Boris-André Meyer, Offene Linke

Fass ohne Boden

Weil in München und Berlin „die Marktradikalen" mit am Regierungstisch säßen und Kosten auf die Kommunen abgewälzt werden sollten, werde auch Ansbach bluten müssen, meinte Boris-André Meyer. Denn nachdem das Tafelsilber weitgehend „verscherbelt" sei, müssten die „Großprojektierer" der Südosttangente erkennen, dass das Geld nicht aus dem Automaten komme. Zu wenig sei im Haushalt für die Bezirksumlage eingestellt; gleichzeitig sei der Ansatz 2010 für die Sozialleistungen unrealistisch. „Ein Fass ohne Boden", sieht Meyer in dem Zahlenwerk: „Der Haushalt trägt keine progressive Handschrift."

Gerade in der „Bundeshauptstadt der Zeitarbeit" müsse aktive Sozialpolitik betrieben werden, meinte Meyer und forderte einen Armutsbericht. Stattdessen fahre man mit dem Rasenmäher über Bildungs- und Sozialbudgets.

Finanzplanung für die Zukunft

Zugestimmt hatte der Ansbacher Stadtrat mehrheitlich auf seiner Sitzung am Montagnachmittag neben dem Haushalt für das kommende Jahr auch der mittelfristigen Finanzplanung und dem Investitionsprogramm der Stadt bis ins Jahr 2013. Der Finanzplan umfasst ab 2011 Einnahmen und Ausgaben von 96,60 und 98,55 sowie 98,16 Millionen Euro. Im Investitionsprogramm sind im selben Zeitraum Ausgaben von 11,06 und 11,10 sowie 9,45 Millionen Euro eingeplant. Die im Detail ausgearbeiteten Pläne seien nach den Haushaltsberatungen überarbeitet worden, hatte Finanzreferent Hans Schwarzbeck zuvor den Stadträten erklärt.